

Ersteinst in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat des Jahres angenommen; im
Münchener, Stuttgarter und Leipziger
Münchener auf den 1. und 3. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
betr. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und sehr
betr. 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Post-
handlungen des In- u. Auslandes.
Billet-Expeditoren.
New-York: Es. Demer. Genossen-
schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: A. Sch. 620 North
3rd Street.
J. Wolf, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Benfmann, 296 Divi-
sion Street.
San Francisco: S. Eng, 418 O'Far-
rell Street.
London: B. Smith, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 36.

Freitag, 22. December.

1876.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.
Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:
für Deutschland, Oesterreich, Belgien und Luxemburg 3 Mark pro Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Convertisendungen wöchentlich 3mal 10 Mk. pr. Quart. 1mal 4,80 Mk.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzufenden. In dem Zeitungskatalog sieht der „Vorwärts“ im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/11, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: Volkmarndorf, Neuditz, Neuschöneck u. c. bei Frau Engel, Neuditz, Taubschweg 29, 2 Tr.; für Gonnwitz u. c. bei Teubert, Vornaischstr. 19; für Kleinöschter und Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für Thonberg bei Kirsten, Hauptstr. 7; für Neureuditz bei Jchan, 151; für Sobitz u. c. bei A. Hermsdorf, Lindenbalestr. 7; für Stötteritz bei E. Grude, An der Papiermühle; für Pflagwitz-Lindenau bei Frau Grebenstein, Aureliustr. 3.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden. Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Parteigenossen!

Überall in Deutschland ist der Wahlkampf entbrannt, überall haben sich die Gegner aufgerafft, um uns als Wähler von der Wahlurne, als Candidaten von dem Reichstage fern zu halten. Ihre reaktionäre Gesinnung, ihr Klasseninteresse treibt sie dazu. Doch wir marschieren unter dem Banner einer weltbefreienden Idee; ermuntert von den Fortschritten, welche die sozialdemokratische Volksbewegung in den letzten Jahren gemacht hat, geben wir dem Tage der Wahl mit der Hoffnung auf neue Siege entgegen. Um diese Hoffnung zu erfüllen, ist nichts weiter nötig, als daß Jeder von uns in den nächsten drei Wochen seine Schuldigkeit thut. Ein Jeder von uns kennt seine Pflichten; wer sie nicht erfüllt, der ist damit aus unsren Reihen geschieden. Allein wer wollte scheiden? Der nach Gleichberechtigung ringende, der selbstbewußte und tapfere Mann nimmermehr!

Neben den Mühen des Wahlkampfes darf die andere Arbeit zur Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht ruhen. Und hierzu gehört vor allem das Einstecken für unser Centralorgan „Vorwärts“.

Was bei Begründung des „Vorwärts“ erwartet wurde, hat sich erfüllt. In 12,000 Exemplaren geht eine jede Nummer dieses Blattes hinaus unter die Arbeiter Deutschlands, um ihnen Kunde von den Grundrissen des Sozialismus, von den Risiken der kapitalistischen Gesellschaft in allen Kulturländern und von dem Kampf der Sozialdemokraten wider diese Gesellschaft zu bringen.

So sehr uns nun auch dies Ergebnis im ersten Vierteljahr befriedigt, so dürfen wir uns damit keineswegs dem Gedanken hingeben, genug gethan zu haben. Es bleibt uns noch viel zu thun übrig. Nicht in dieser oder jener Werkstätte, nicht in diesem oder jenem Dorfe soll der „Vorwärts“ verbreitet sein, sondern in allen Werkstätten, in allen Städten und Dörfern soll man ihn finden. Erst dann wird er der ihm gewordenen Aufgabe voll und ganz entsprechen können.

Parteigenossen! Jeder von Euch erneuere zunächst selbst rechtzeitig das Abonnement auf den „Vorwärts“. Damit nicht genug, geminne Jeder von Euch zum neuen Quartal mindestens einen neuen Abonnenten. Für den Einzelnen ist dies eine geringe Sorge, für die Partei jedoch insgesamt eine große Ertragsquelle.

Der „Vorwärts“ ist durch jede Postanstalt zu beziehen, Preis vierteljährlich M. 1,60, frei in's Haus M. 1,85. Bestellungen sind möglichst vor dem 28. December zu machen.

Grub und Glückwunsch zum Jahreswechsel!
Hamburg, 20. December 1876.
G. W. Hartmann, H. Braß, J. Auer,
A. Derossi, A. Weis.

Zu Kreuze gekrochen!

Rathvoll standen die Liberalen noch bei der zweiten Lesung der Justizgesetze auf dem Standpunkte einiger freiheitlichen Bestrebungen, besonders betonten sie durch den Mund des Abg. Wehrenpennig, daß der Zeugnißzwang der Redakteure jeder freiheitlichen Entwicklung der Presse hindernd in den Weg trete, daß derselbe sogar unmoralisch sei. Auch hatten sie sich für die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte erwärmt.

Der Liberalismus denkt, doch Fürst Bismarck lenkt. Letzterer Herr ist bekanntlich der Presse nicht sehr grün, obwohl er dieselbe oft gebraucht hat, oder richtiger, weil er dieselbe oft gebraucht hat.

Deshalb gab er den Nationalliberalen einen Wink, sie möchten ihren Standpunkt in Bezug auf jenes Institut verändern — und mit Seilsänger-Gewandtheit wechselten die Liberalen ihre Position und erklärten jetzt auf Wunsch des Reichskanzlers schwarz für weiß und roth für grün. — Ihre Schwärzerei für Preßfreiheit zeigte sich nun als leerer Dunst, der eben so schnell verflieg, wie der Tabaksqualm von Bismarck's Pfeife.

Sie entschieden sich für das Falllassen der Schwurgerichte bei Preßvergehen, obwohl sie bei der zweiten Lesung die Verweisung der Preßvergehen vor die Geschworenengerichte für eine freiheitliche Ertragsquelle des Volkes erklärten; sie haben sich für die Beibehaltung des Zeugnißzwanges der Redakteure erklärt, trotzdem sie diesen Zeugnißzwang früher unmoralisch nannten.

Dadurch hat der Liberalismus sich selbst als unmoralisch gekennzeichnet, wofür er allerdings in den Augen aller freiheitsliebenden Männer längst schon galt.

Diese Bismarckianer erklärten durch den Mund des Herrn Miquel bei der dritten Lesung der Justizgesetze, daß, wenn auch das Gebäude nicht besonders schön, es doch angenehm sei, gemeinsam dasselbe zu bewohnen.

Dieser Ausspruch erinnert doch sehr lebhaft an das Heine'sche Wort vom gemeinsamen Nationalzuchthaus und von der gemeinsamen Peitsche. Letztere fürchten Bedientenseelen bekanntlich nicht allzusehr; die Gewohnheit thut ihre guten Dienste.

Und solche Gesinnungsmänner, die den Red, ja die Haut wechseln, wenn's Fürst Bismarck will, diese Gesinnungsmänner beschlagen sich durch den unersättlichen Schwärzer, Herrn Lasfer, das ihr Charakter immerwährend angegriffen würde. An ihrer Klugheit möge man zweifeln, aber sie hätten doch Charakter — so lautete es in der Lasferiade. Wir aber denken umgekehrt: Klug sind diese Herren Miquel, der bei der ganzen Compromißkomödie den Hauptmacher spielte, ja klug sind sie, diese Herren Miquel und Genossen, das beweist, daß Miquel in wenigen Jahren es vom armen Bürgermeister zum Millionär gebracht hat; ob dabei aber der Charakter eine große Rolle gespielt hat, das ist doch höchst zweifelhaft.

Und wie dem Herrn Miquel ergeht's vielen seiner speziellen Collegen. Miquel war früher Communist, jetzt ist er Gegner des Communismus, jetzt ist er ein ausgesprochener Egoist — ob dieser Sinneswechsel von Charakter zeugt? Kein Ehrenmann wird es behaupten.

Es war eine unglückliche Idee, diese Lasferiade vom nationalliberalen Charakter. Gerade so gut hat ein Chamäleon eine einheitliche Färbung, wie ein Nationalliberaler politischen Charakter besitzt. Diesen Ausspruch müßten die Nationalliberalen selbst unterschreiben, wenn sie nur einen Funken Wahrheitsliebe besäßen.

Die dritte Lesung der Justizgesetze hat der zweiten Lesung den Kopf abgedreht; doch so etwas ist nicht neu. Bei der Beratung des Militärgesetzes entstand in der dritten Lesung das verächtliche Septennat, bei der dritten Lesung des Preßgesetzes wurde die Verantwortlichkeit verschärft, während bei der zweiten Lesung die Liberalen Freiheitsphrasen drechselten.

Eine parlamentarische Partei aber, die in ihrer Hundedemuth bei jedem Wink des Reichskanzlers zu Kreuze kriecht, verdient die Verachtung des Volkes.

Mancher liberale Wähler wird vor Aerger und Scham roth werden, weil er sich erinnert, daß vor den Wahlen die Herren liberalen Candidaten freiheitliche Versprechungen gemacht haben, und weil er jetzt sieht, daß sie als gewählte Volksvertreter Freiheit und Volk täglich und stündlich verrathen.

Auf dem Altar der Einheit wird die Freiheit gemordet von den Männern, welche die Einheit immer im Munde führen.

Will sich unser Volk, unser deutsches Volk, unser freiheitsdurstiges Volk noch länger von charakterlosen Schwärzern nasführen lassen?

Möge es doch am 10. Januar 1877 diese Frage mit einem entschiedenen, millionenfachen Nein beantworten!

Reglement zum Reichswahlgesetz.

§ 2. Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht mindestens acht Tage lang auszuliegen.

Der Tag, an welchem die Auslegung beginnt, ist nach Maßgabe des § 8 des Wahlgesetzes von der zuständigen Behörde festzusetzen und von dem Gemeindevorstand unter Hinweisung auf § 3 des Reglements, sowie unter Angabe des Lokals, in welchem die Auslegung stattfindet, noch vor dem Anfang der letzteren in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

§ 3. Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der gemäß § 2 des Reglements bekannt gegebenen Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben ernannten Commissar oder der dazu niedergesetzten Commission schriftlich an-

zeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für seine Behauptung, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen.

Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die zuständige Behörde. Sie muß längstens innerhalb 3 Wochen, vom Beginne der Auslegung der Wählerliste an gerechnet, erfolgen und durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Beteiligten bekannt gemacht sein.

§ 7. Jede Ortschaft bildet der Regel nach einen Wahlbezirk für sich.

Jedoch können einzelne bewohnte Besitzungen und kleine, sowie solche Ortschaften, in welchen Personen, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt, große Ortschaften in mehrere Wahlbezirke getheilt werden.

Kein Wahlbezirk darf mehr als 3500 Seelen nach der letzten allgemeinen Volkszählung enthalten.

§ 8. Die zuständigen Behörden haben für jeden Wahlbezirk den Wahlvorsteher, welcher die Wahl zu leiten hat, und einen Stellvertreter desselben für Behinderungsfälle zu ernennen, sowie das Lokal, in welchem die Wahl vorzunehmen ist, zu bestimmen.

Alles dies, sowie die Abgrenzung der Wahlbezirk und Tag und Stunde der Wahl (§ 9 des Reglements) ist mindestens acht Tage vor dem Wahltermin durch die zu amtlichen Publicationen dienenden Blätter zu veröffentlichen und von den Gemeindevorständen in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

§ 9. Der Tag der Wahl wird von dem Kaiser festgesetzt. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

§ 10. Der Wahlvorsteher (§ 8 des Reglements) ernannt aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer und ladet dieselben mindestens 2 Tage vor dem Wahltermin ein, beim Beginne der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes zu erscheinen.

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des gegenwärtigen Reglements ist im Wahllokale auszulegen.

§ 12. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Beisitzer mittels Handschlags an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand konstituiert. Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein.

Der Wahlvorsteher und der Protokollführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt einer von ihnen vorübergehend das Wahllokal, so ist mit seiner zeitweiligen Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 13. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Ausgenommen hiervon sind die Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt werden.

§ 14. Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zuzula den welche in die Wählerliste aufgenommen sind. (§ 8 des Gesetz) der Abwesende können in seiner Weise durch Stellvertreter wosonst wie an der Wahl teilnehmen.

§ 15. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt, wenn der Wahlbezirk aus mehr als einer Ortschaft besteht, seinen Wohnort, in Städten, in welchen die Wählerliste nach Hausnummern aufgestellt ist, seine Wohnung an.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter (§ 12 des Reglements), welcher denselben unerschlossen in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ist, oder welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind (§ 10, Absatz 2 des Gesetzes), hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.

Zusätzlich hat derselbe auch darauf zu achten, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.

§ 17. Um sechs Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und unerschlossen gezählt. — Ergiebt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit von der ebenfalls festzustellende Zahl der Wähler, bei deren Namen der Abstimmungsvermerk in der Wählerliste gemacht ist (§ 16 des Reglements), so ist die nebst dem etwa zur Aufklärung Dienlichen im Protokoll anzugeben.

§ 18. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel. Einer der Beisitzer entfaltet jeden Stimmzettel einzeln und übergiebt ihn dem Vorsteher, welcher denselben nach lauter Vorlesung an einen andern Beisitzer weiter reicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrt.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Einzelnen in das Protokoll auf, vermerkt neben demselben jede, dem Candidaten zustehende Stimme, und zählt dieselben laut. — In gleicher Weise führt der Revisor eine Gegenliste, welche eben so, wie die Wählerliste, beim Schluß der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokoll beizufügen ist.

§ 19. Ungültig sind:

- 1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind.
- 2) Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.
- 3) Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.
- 4) Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist.
- 5) Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 28. Letzter Abzähl: Hat sich eine absolute Stimmenmehrheit auf einen Candidaten nicht vereinigt, so hat der Wahl-Commissar die Vornahme einer engeren Wahl zu veranlassen.

§ 29. Der Termin für die engere Wahl ist von dem Wahl-Commissar festzusetzen, und darf nicht länger hinausgeschoben werden, als höchstens 14 Tage nach der Ermittlung des Ergebnisses der ersten Wahl.

§ 33. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahl-Commissar in Kenntniß zu setzen, und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß er nach § 4 des Wahl-Gesetzes wählbar ist, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen 8 Tagen, von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung.

Rational-Ökonomisches.

II.

Geachte Versammlung! Der bewegende Faktor, der nervus rerum aller Ökonomie, aller Produktion ist die menschliche Arbeit. Um die moderne, die bürgerliche, die kapitalistische Wirtschaft zu verstehen, müssen wir uns an die moderne Arbeit wenden, müssen wir ihre Eigentümlichkeit, ihren Unterschied von der vergangenen Form der Arbeit zu ergründen suchen.

Skavenarbeit, Frohnarbeit, freie Arbeit sind drei verschiedene Arbeitsformen, nach großen Umrisen gezeichnet. Der stolze Fabrikant des neunzehnten Jahrhunderts sieht auf die veralteten Arbeitsformen mit überhöbener Humanität herab. Er spricht der Pharisäer: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie Jener da.“ Weil er seinen Arbeiter bezahlt, bedauert er den Sklaven, der gezwungen ist, ohne Lohn zu schweigen. Er überredet, daß auch der Sklave einen Theil seiner Zeit dazu verwendet, seinen Unterhalt zu erzeugen, daß auch er für sich arbeitet und nicht ausschließlich für seinen Herrn. So übersieht er denn auch in dem eigenen Verhältnis zu seinem bezahlten Lohnarbeiter, daß hier wie dort ein Theil der Arbeit unbezahlt ist, daß der moderne Arbeiter nicht nur für sich, sondern auch einen Theil des Tages für seinen Herrn schafft, d. h. Profit erzeugt. Der Profit, der Gewinn ist ein Produkt aller bisherigen, sowohl der Sklaven-, als der modernen freien Arbeit. Und der Profit der freien Arbeit ist größer, als der Profit der Sklavenarbeit. 1000 moderne Fabrikarbeiter erzeugen nach Abzug der Löhne und nach Abzug alles verwendeten Materials einen weit größeren Reichtum als 1000 antike Sklaven. Mit andern Worten heißt das: die Arbeit, sowohl die eine wie die andere, erzeugt einen Ueberschuß, theilt sich in Unterhalt und in Profit.

Meine Herren! Ein oberflächlicher Blick über unsere heutige Welt, über ihre wohlbestellten Ämner, die behaglichen Wohnungen, über ihre riesigen Fabrikanlagen und Transportmittel, über die Spiegelscheiben ihrer Läden und den ausgefüllten Waarenvorrath ihrer Magazine giebt uns die Versicherung, daß die Nationen mit Profit gearbeitet haben. Die Ökonomen von heute versichern uns, daß dieser Reichtum eine Folge der Sparfamkeit ist. Es ist aber offenkundig, daß der Reichtum in erster Instanz Erwerb, Profit, Ueberschuß, und erst in zweiter Instanz Ersparniß sein kann. Reichtum muß erst durch Arbeit produziert sein, bevor er durch Ersparniß kann erhalten werden. Auch wird die gäng und gebe Anschauung von dem Irrthum beherrscht,

daß der nationale Reichtum das Produkt der Arbeit vereinzelter Bürger sei, welche ihn durch Fleiß erzeugt und durch Sparfamkeit erhalten haben sollen. Diese kleinbürgerliche Idylle ist eine historische Täuschung. Als gegen Ende des Mittelalters die spezielle Industrie anfing, das Grundeigentum zu überragen, im sechzehnten Jahrhundert, mit dem Anfang der neueren Zeit, welche sich dadurch charakterisiert, daß das industrielle Bürgerthum anfängt, über das feudale Grundeigentum mächtig zu werden, in den Niedertagen der bürgerlichen Entwicklung, da und davon gilt der Satz, daß Fleiß und Sparfamkeit den Reichtum schuf. Aber diese kindliche Unschuld bildet nur ein ganz kleines, ein verschwindendes Moment in der Anhäufung des materiellen Reichtums. Die Güter, welche die neue Aera vorwand, waren mit Sklaverei und Frohndienst, mit dem erzwungenen Fleiß und dem erzwungenen Sparfamkeit des Volkes produziert. Die Arbeit hatte ein plus, hatte mehr erzeugt, als zum Unterhalt der Arbeiter erforderlich war, aber nicht die Arbeiter ersparten den Ueberschuß, sondern die Machthaber. Die Ritter und Klosterherren hoben der Nachkommenschaft auf, was sie selbst nicht verpraßten konnten. Eine eigenthümliche Sparfamkeit! Bei den Aegyptern und Babylonern, bei Griechen und Römern, bei der feudalen Wirtschaft des Mittelalters wird es nicht schwer zu erkennen, daß die Arbeit wohl Quelle des Reichtums ist, aber offenkundig nicht eigne, sondern die Arbeit Anderer. Die bürgerliche Welt hat diesen Gegensatz aufgehoben, jedoch nur formell, nicht materiell. Sie hat den Gegensatz nicht aufgehoben, sondern verdeckt.

Die Franzosen übersehen bekanntlich den Bürger zweifach, mit Citoyen und Bourgeois^{*)}. Letzterer ist der ökonomische Bürger, mit dem wir es hier zu thun haben. Fleiß und Sparfamkeit haben an seiner Wiege gestanden. Aber die allgemeine Verwandlung des feudalen Eigentums in modernes freies, bürgerliches Eigentum hat er nur vermocht, indem er sich der Volksgewalt bemächtigte. Einmal aus den Aenderungen heraus, findet er, daß die große Staatsaktion, der Handel in Blut und Eisen besser lohnt, als vorsinnliche Sparfamkeit. Aus dem Höheren hat er sich zum freien Bürger emporgearbeitet mit Schulze-Deilich'scher Selbsthilfe, und beginnt nun mit Vassallischer Staatshilfe aus einem väterländischen Kleinbürger sich in einen kosmopolitischen Kapitalisten zu verwandeln. Mit andern Worten sei gesagt, daß der bürgerliche Reichtum höchstens in seinen Anfängen selbst erarbeiteter, selbst erworbener Reichtum ist; in seiner Fortsetzung, in seiner weiteren Anhäufung aber ganz so wie der antike und der feudale Reichtum dadurch erworben ist, daß der eigentliche Arbeiter, der Lohnarbeiter, erzwungen wird, mehr zu produzieren, als er konsumiert. Wie Napoleon III. die Güter seiner Thronvorfahren, so confiscirt das zur politischen Herrschaft gelangte Bürgerthum die Güter seiner feudalen Vorfahren. In der deutschen Geschichte erfolgt dieser Dergang so sehr peu à peu^{**}), daß uns das Verständniß dafür leicht abhandeln kommt. Dagegen proklamirte die englische und französische Revolution die Besitzergreifung der Ersparnisse des Volkes durch die Bürger plötzlich, laut und offenkundig.

Doch ich bitte mich nicht mißzuverstehen: es soll nicht gesagt sein, die revolutionäre Gewalt des Bürgerthums habe dem Volke seine kleinen ersparten Besitzthümer geraubt. Der Besitz war nie Sache des Volkes. Was kein Fleiß und keine Sparfamkeit produziert hatte, war in Händen seiner feudalen Zwingherren. Indem letztere von der revolutionären Gewalt erlitten und säuliert, des Verraths am Vaterlande schuldig befunden, ihre Güter confiscirt, ihre Lehnten, Frohnden und Privilegien aufgehoben wurden, bemächtigte sich das herangewachsene Bürgerthum der Früchte der nationalen Arbeit, der Ersparnisse des Volkes. Vielleicht will man entgegenen, daß die Aufhebung der Privilegien nicht nur im Interesse der Bürgerklasse, sondern im Interesse der Nation erfolgt sei, daß nicht der Bourgeois, sondern der Citoyen, das Volk die feudale Herrschaft beerbt habe. Formaliter^{***}) gehörten allerdings die Güter der Nation, sie wurden verkauft. Wer aber war der Ankäufer? Nicht die befreiten Leibeigenen und Hörigen. Ihnen fehlten die Mittel des Erwerbs. Sie waren damals was sie vorher waren und heute noch sind: die Besitzlosen. Käufer waren einseitig die alten Grundherren, denen von den Ersparnissen des Volkes wohl viel durch den Umschwung der Dinge genommen, aber noch mehr belassen war, und die nunmehr genöthigt sind, aus feudalen in

^{*)} Bourgeois: der Bürger als Mitglied einer gesellschaftlichen Klasse; Citoyen: Bürger als Staatsbürger. ^{**}) allmählich. ^{***}) der Form nach.

bürgerliche Nachhaber sich zu verwandeln. Andererseits konnten aus dem Volke nur diejenigen von der neuen Freiheit profitieren, welche eben durch Fleiß und Sparfamkeit sich schon unter dem alten Regime zum Bourgeois emporgearbeitet hatten. Nur für diese Klassen wurden die Güter verkauft, und in ihrem Interesse, für ihren Staat der Erlös verwendet. Der bürgerlichen Weltanschauung nach macht die neuere Zeit mit der Knechtschaft des Mittelalters tabula rasa^{*)}, schenkt sie dem Volke das Feld der Freiheit und Gleichheit, also nur Jeder nach Herzenslust mit seiner Arbeit Reichtum erzeugen und anhäufen kann. Aber zur Benutzung des idealen Feldes der Freiheit gehört erst noch das reale Feld des Besitzes. Zur Arbeit gehören Arbeitsmittel. In der That verwandelt die neuere Zeit nur die Form der Herrschaft. Wir wollen nicht verkennen, daß diese Form eine freiere, entwickeltere ist, wollen uns aber auch nicht verfahren lassen, die bürgerliche, sogenannte politische Freiheit für die generelle^{**}) Freiheit des Volkes anzusehen. Im Mittelalter erzwang brutale Macht den Frohndienst. Die neuere Zeit findet die Macht des Besitzes hinreichend, den befreiten Arbeiter in Dienst zu zwingen. Der Zwang ist aufgehoben, es lebe der Zwang! Das befreite Volk weiß ohne den Besitz der Güter, welche die bisherige Volkswirtschaft in den Händen seiner Zwingherren angeammelt hat, nichts anderes mit seinem Fleiß und seiner Sparfamkeit anzufangen, als sie zu verkaufen. Wie frei der moderne Arbeiter auch ist, seine Existenz behaupten, seinen Unterhalt gewinnen kann er nur, wenn er seine Arbeitskraft verkauft. Den Herrn darf er sich wählen, aber irgend einer Herrschaft sich unterzuordnen ist er gezwungen, weil die Mittel zur Arbeit vor der geschichtlichen Entwicklung in den Händen Einzelner concentrirt worden sind. In der feudalen Vorzeit waren die Mittel der Arbeit sowohl wie die menschliche Arbeitskraft vereinigt unter dem privilegierten Zwingherren. In unserer bürgerlichen Gegenwart, wo sich die Mittel „Kapital“ nennen, ist die Arbeitskraft frei, jedoch durch Mittellosigkeit gedrängt, das Kapital, d. h. die modernen Arbeitsmittel fortwährend zu vergrößern. Heute wie vormals theilt das Produkt der Arbeit sich in Unterhalt und Profit, ganz wie immer — der Unterhalt dem Arbeiter, der Profit dem Machthaber. Der moderne, der kapitalistische Reichtum wird ebenso wie der antike und feudale Reichtum durch Andern's Fleiß und Sparfamkeit erzeugt.

Die eigenthümliche Form der heutigen Arbeit ist nur im Zusammenhang mit ihrem Mittel, im Zusammenhang mit dem Kapital erkennbar. Dies letztere Object zu begreifen, seinen Begriff zu definiren ist der Wissenschaft schwer geworden. Zur Lösung der Aufgabe hat wesentlich der Sozialismus beigetragen. Wie phantastisch auch dessen positive Forderungen, seine Weltverbesserungsprojekte anfänglich waren, der Gegner der bürgerlichen Welt war wenigstens nicht blind für sie eingenommen. Er war mit einem kritischen Auge, der unumgänglichen Bedingung der Erkenntniß, mit dem Auge der Wissenschaft bewaffnet.

Und speziell dem Sozialismus der Deutschen, dem „Volk der Denker“, war es vorbehalten, der Sache auf den Grund zu sehen. Von ihm lernen wir, daß das Kapital, wo und wie es auch erscheint, ob als Geld oder Gut, als Fabrikanlage, Rohstoff oder Lebensmittel, sich überall dadurch charakterisiert, daß es in sich selber zeugungsfähig ist, daß es sich von innen heraus, selbstthätig vermehrt, goldene Eier legt, oder lebendige Junge gebirt, wie Marx sagt. Ein Säckchen mit Geld, das bestimmt ist für unsere Bedürfnisse ausgegeben, verzehrt oder verjubelt zu werden, ist kein Kapital. Eine in Ruhestand verlegte Fabrik ist wohl mögliches, aber kein wirkliches Kapital. Ebenso wenig ist eine Vorrathskammer mit ihren Produkten, die meinem Haushalt dient, auch wenn sie noch so groß ist, kein Kapital. Wenn ich aber mit ihren Produkten Handel treibe, dann lege ich den Keim der Fruchtbarkeit hinein, und meine Vorräthe, meine Butter, Eier, Pfäfen, Lichter, Del, Gewürz und der ganze Kram wird zu Kapital, indem er Profit zengt. Dem Kapital ergeht es wie den Kindern Israels: es ist ihm von oben herab bestimmt, sich zu vermehren. Die todtten Dinge des Reichtums können sich nur vermehren, wenn die lebendige Lohnarbeit ihnen zur Seite steht. Das unentbehrliche Seitenstück des Kapitals ist die Lohnarbeit. Eins kann nicht sein ohne das andere. Die bürgerlichen Ökonomen definiren das Kapital als Arbeitsinstrument. Diese Bestimmung ist nicht treffend. Wohl ist das Kapital Arbeitsinstrument, aber das Instrument ist nicht immer Kapital.

^{*)} reinen Tisch. ^{**}) allgemein, für Alle gleich.

Aus dem Schornsteinfegerleben.

Anlässlich des Artikels Ihres geehrten Blattes, „Vorwärts“ vom 21. vom 17. November, betreffend „Kinderausbeutung“ bin ich in der Lage, etwas Genaueres mitzutheilen, da ich selbst Schornsteinfeger von Profession bin, fünf Jahre gelernt und über zehn Jahre als Geselle in der Fremde herumgetrieben habe. Dies aber hatte ich unter andern das Vergnügen, 1864 von Kopenhagen nach Riga zu gehen, weil ich als Deutscher und Reichthum der dänischen Nation nicht nur ungerne geduldet, sondern sogar allerlei Mißhandlungen, selbst von Collegen, jeden Augenblick ausgeht war.

Ich begab mich sofort nach Rußland, wo das Väterchen herrschte, das sehr den Frieden liebt und die Fremden so trenn beschützt; denn ich kann wohl sagen, die dänischen Prügel hatten mich so sehr in Aufregung gebracht, daß ich mich nach Ruhe sehnte und Rußland, das wußte ich, bedurfte auch der Ruhe und war ja auch kein Erbfeind von Deutschland, und vorwärts ging's von Lübeck zur See direkt nach Riga.

Doch nun zur Sache!

Es war im Jahre 1864 als ich in R. zu dem Schornsteinfegermeister K. in die Lehre kam. Meine Mutter hatte es dahin heim auf dem Harz, ebenfalls durch Schornsteinfeger-Lehrlinge oder Gesellen, die dort sehr stark vertreten sind, erfahren, daß in R. bei dem Schornsteinfegermeister K. eine Stelle frei sei, und das Renommée war ausgezeichnet: sehr gute Kost, vortreffliche Behandlung, wie das Kind, blühende Arbeit — denn, wenn die Köchinnen kochen, kann man doch nicht sagen — und die schrecklich vielen Trinkgelder und Nebenverdienste, die unbedingt gewisse Aussicht auf eine Meisterstelle, das muß doch ziehen, wenn man sehr arm ist und keinen Vater hat! Meine Mutter reiste also im Frühjahr mit mir ab nach R. und wir wurden dort sehr gut aufgenommen; der Meister war schon ziemlich alt und sein Sohn, der früher die Kaufmannschaft erlernt hatte, später aber bei dem Herrn Papa in die Lehre trat und natürlich in der sehr langen Zeit von einem oder ein-anderehalb Jahre jünger als ich, führte jetzt das Gewerbe schon als Meister auf, denn er es auch noch nicht war und den Titel noch nicht hatte, wurde ichlethin Herr K. titulirt; es war ihm auch zu gönnen, denn er mochte wohl so beiläufig in

antrat, ein Contract wurde mit meiner Mutter abgeschlossen dahin lautend: 4 Monate Probe, wenn es mir da nicht gefiele, könnte ich wieder gehen, wohlweislich durfte ich auch in der Probezeit nicht arbeiten — dann, wenn ich ausgelernt hatte, sollte ich einen Anzug, bestehend in Rod, Hose und Weste, bekommen.

Das Arbeitspersonal bestand aus 3 Gesellen und 3 Lehrlingen, der jüngste von den Gesellen war gerade Derjenige, den ich abzulösen hatte, denn er hatte eben ausgelernt und wollte oder sollte in die Fremde gehen.

Was nun die erste Zeit anbelangt, so konnte ich mich über die Strenge der Behandlung nicht beklagen, ich war ja der Jüngste und in jeder Beziehung Unerfahrenste, ich verstand das Schnippschlagen noch nicht und war auch sonst recht beliebt. Aber die gute Kost, d. h. eigentlich genügende Kost, wollte mir nicht recht behagen; zum Frühstück bekam ich 6 Pennig, später 8 Pennig, dann Mittagessen und Abendessen, sonst gar nichts; keinen Kaffee, kein Bispel, erst später, als ich bald zwei Jahre in der Lehre war, erhielten wir auch Kaffee; das erwärmte einen doch wenigstens erst etwas, wenn man bei 12 oder 16 Grad Kälte des Morgens früh um 6 Uhr barfuß oftmals tief in den Schnee hinaus mußte.

Wie war es nun mit der Kleidung? Die Arbeitskleidung bestand aus einem Hemd von der größten Sorte Leinwand, eine Kniehose von samisch gegerbten Kalbleder und in ein Paar „Strümpfen“ (abgeschliffene Strümpfe) im Sommer, im Winter wurde dem bloß noch eine vom Meister abgetragene Flaneljacke und ein Paar Schuhe beigegeben, das war Alles, außer der üblichen unbedingt nöthigen Kopfbedeckung. Im Sommer wurde barfuß gelaufen, die übrigen Kleider außer der Arbeit waren meist alte abgelegte.

Das Arbeitshemd hat den Zweck, daß man sich bei der Arbeit freier bewegen kann, was hauptsächlich bei den engen Schornsteinen von 12—16 Zoll nöthig ist, aber es erfüllte ihn nicht, denn durch das Ausbuchen desselben wurde man nur gehindert. Zum anderen hatte diese Kleidung die böse Eigenschaft, den Ruß leicht auf den nackten Körper dringen zu lassen, hauptsächlich vom Hosenbunde aus, der Ruß sammelt sich dann meistens an den Knien und verursacht empfindliche Schmerzen. Was aber das schlimmste bei der Sache ist, das war, daß die Kleidung viel zu groß war und immer den ganzen Körper wund rieb.

Knien festgebunden war, Falten, diese Falten wurden mit der Zeit hart, und traktirten den Körper dermaßen, daß man förmliche Schwielen bekam, natürlich muß man alles gewohnt werden. Dann giebt es auch noch eine Sorte Ruß mit dem Namen „Schmiere“, welcher überall zu finden ist, wo Torf und Braunkohle gebrannt werden, letztere war das Hauptbrennmaterial in R.; dieser Ruß ist oftmals so glitschig, daß es einem bei der äußersten Anstrengung nicht möglich ist, in den Schornstein hinauf zu kommen; damit beschmiert man auch die ganze Kleidung von Kopf bis zu Fuß, so daß auch die Schuhe schmierig und naß werden und wenn er auch auf dem Körper trocken wird, so zieht er durch seine natürliche Beschaffenheit des Rußs die Feuchtigkeit wieder an und eine wahre Behaglichkeit giebt es denn gar nicht, wenn man am andern Morgen früh aus dem warmen Bett heraus muß, das weiße Hemd über den Kopf zieht und bei ungeheiztem Zimmer (denn des Morgens durfte nicht geheizt werden, außer wenn es heimlich geschah), in die schwarzen, stinkenden Lumpen kriecht, die schmierigen Schuhe anzieht, wo einem die Füße drin fest ankleben, welches Gefühl für die diden Frostbeulen! Dann geht's hinaus, das Geschirr genommen und fort zur Arbeit, wobei man oft das Glück hat, eine Viertelstunde an der Thür zu pochen; das muß man eben alles gewohnt werden. (Fortf. folgt.)

— Polen und die orientalische Frage. In einem Protest gegen die aus Warschau an den Kaiser von Rußland gesandte Ergebenheits-Adresse der dortigen Polen lesen wir folgenden beachtenswerthen Passus betreffend der orientalischen Frage:

Es ist nicht im Geringsten zweifelhaft, daß die ganze polnische Gesellschaft die innigsten Sympathien für die türkischen Slaven hegt, sowie es nicht minder zweifellos ist, daß sie, wenn es sich um die Befreiung der slavischen Brüder vom türkischen Joch handelte, wie denselben mit Aufopferung von Gut und Blut gern zu Hilfe eilen würden, wovon wir so oft, wenn es sich um Bölierefreiheit handelte, Beweise gegeben haben. Daß die orientalische Angelegenheit aber nichts mit der Freiheit zu schaffen hat, davon liefert den schlagendsten Beweis die That-sache, daß sie so eifrig von Rußland protegirt wird — von denselben Rußland, das uns verflucht und unterdrückt, das jede Entwicklung bei uns hemmt, das uns mit allen Mitteln russifizirt, unsere Sprache auszuwurzeln sucht u. s. w.

Es ist begreiflich, daß Unterschriften nicht gegeben sind, weil ein solcher Unterscheiber eine lebhaft erregte nach einer Reichthumsnach Sibirien haben müßte oder schuldigt wüßte, in der thörichten

Die Arbeitsinstrumente der alten Welt oder des Mittelalters waren keine Kapitalien. Auch die Arbeitsinstrumente, Geld und Rohstoffe eines Kleinbürgers sind nicht Kapital zu nennen. Um eine Sache deutlich zu sehen, müssen wir ihr nachgehen, bis wo sie eine ausgewachsene, vollkommene, klassische Gestalt gewonnen hat. Kapital in klassischer Gestalt sind die modernen Arbeitsmittel; die Arbeitsmittel des kleinen Bauern, sein Feld und Viehstand, oder die Arbeitsmittel eines Handwerkers sind keine modernen Arbeitsmittel. Dazu gehört, daß das Mittel groß genug ist, um den Betrieb in modernster Weise, mit Benutzung aller Hilfsmittel der Wissenschaft und großen Industrie ausführen zu können. Modern sind nur solche Mittel, welche auf der Höhe unserer Zeit stehen, welche ihren Zweck mit dem geringsten Aufwand an Kraft, in möglichst profitabler, in concurrenzfähiger Weise erreichen.

Meine Herren! In der Produktion unserer Lebensmittel — das Wort im weitesten Sinne genommen — gilt dasselbe Gesetz, welches die Physik vom Hebel aufstellt: je größer die Last auf der einen Seite, ein um so längerer Hebelarm ist andererseits erforderlich. Je größer die produktive Kraft, je größer die Ergiebigkeit der Arbeit, ein um so größeres Instrument ist dazu erforderlich. Daß ein Schuster mit demselben Aufwand an Zeit und Kraft heute 10 Paar Stiefel fertigt, womit er im vorigen Jahrhundert 1 Paar produzierte, das ist nur möglich mit dem vergrößerten Arbeitsmittel, dessen sich z. B. die französische Militärschustererei, oder die Schuhfabriken Alt- und Neu-Englands bedienen. Wenn ein Spinner heute 50 Pfund Flachs zu einem ebenso feinen Faden verpinnit in derselben Zeit, die er ehemals mit seinem einfachen Spinnrade zu 1 Pfund gebrauchte, so ist diese Leistung von Mitteln bedingt, welche einen tausendfachen größeren Werth haben. Die moderne Ergiebigkeit der Arbeit hat die geschichtliche Entwicklung nur dadurch erringen können, daß sie die Mittel dazu in den Händen Einzelner concentrirte. Diese Mittel nennen sich Kapital und ihre Besitzer Kapitalisten. Das Kapital also, die riesigen Arbeitsmittel in den Händen Einzelner, ist eine geschichtliche Erzeugnißkraft, welche den Stolz unseres Jahrhunderts bildet, welche die latente Kraft der Arbeit flüchtig macht und einen Reichthum zeugt, wie ihn nie bisher die Welt gekannt hat.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Vom Reichstage. Am 15. Dezbr. in der 31. Sitzung beschäftigte unter andern den Reichstag der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung. Da ergriff zunächst Windhorst die Gelegenheit, zu constatiren, daß der Generalpostmeister bis dato nicht im Stande war, die Requisitionen der Staatsanwaltschaft zu Posen und Bromberg in Bezug auf die Ledochowski-Briefe darzulegen, er verlange dies deshalb jetzt.

Der Angegriffene erklärte sich außer Stand und fährt an, daß die Beschlagnahme der betr. Briefe erfolgt sei auf eingeleitete strafrechtliche Untersuchung. Nach beiderseitiger Duplit, die seitens Stephan's eine ziemlich klägliche Erscheinung machte, kam Liebknecht zum Wort. Er erinnert daran, daß der Redakteur der „Kurjer Boznanski“ nach beliebigem Zeugniß-Zwangverfahren noch heute im Gefängniß sitze, während er (Liebknecht) zu erst das angebl. Vergehen, die Veröffentlichung einer Instruktion der Postbehörde betreffs jener Briefangelegenheit, begangen habe. Den Namen des Postbeamten, der ihm Kunde davon gegeben habe, werde Herr Stephan nimmermehr erfahren; jener Verhaftete sei völlig unschuldig und es sei eine Barbarei, ihn noch weiter zu quälen! (Hört! Hört!) Redner verwahrt sich gegen den ganz unbegründeten Vorwurf, er verleumde die Postbeamten, er sei überzeugt von der Vorzüglichkeit der postalischen Einrichtungen, für die Gehaltsverhöhung der Beamten sei er mit seinen Freunden selbst auf das Wärmste eingetreten und seine wohlwollende Geminnung gegen diese Leute könne er nur in deren Interesse Herrn Stephan wünschen. Die von ihm früher gemachten Mittheilungen von verdächtigen Thatsachen seien noch keineswegs widerlegt, das „deutsche Postarchiv“ habe durch eine partielle Färbung der Berichte über diese Verhandlungen die Behauptungen des Redners als haltlos hingestellt. Dagegen bringt Liebknecht neue Thatsachen bei, die nichts weniger als vortheilhaft lauten für die Art, in welcher das Briefgeheimniß gewahrt wird.

Für den Uus Briefe zu eröffnen spreche auch ein Wort Bismarck aus einem Schreiben an seine Frau: „Ich kann Dir nicht viel schreiben, denn alle Briefe werden erbrochen.“ Und ein Wort des Fürsten Pückler-Muskau: „Ich kenne mein schwarzes Cabinet.“ Die Entgegnungen des Generalpostmeisters waren sehr schwach, und unter der Wucht von den zahlreichen neuen verdächtigen Fällen begreift man nicht, wie Stephan Liebknecht's Auseinandersetzungen „ein mäßiges Plaidoyer“ nennen kann.

Am 19. Dezember präzipirte Bebel die Stellung unserer Partei in der Justizangelegenheit. Er könne nicht glauben, daß die Gesetze der Regierung unannehmbar erschienen aus Vorsorge für die ihrer Obhut Unterstellten, sie betrachteten vielmehr die ganze Angelegenheit mit parteiischen Gefühlen.

— Zur Wahllistenkontrolle. Dem Hamburger Correspondent vom 17. Dezember entnehmen wir Folgendes: „Wir sind in Bezug auf die Hamburger Wählerlisten bereits seit Jahren an Dinge gewöhnt worden, die über das Maß zu lässigen Irrthums weit hinausgehen; was aber dieses Mal geschieht worden, spottet aller Beschreibung. Ganze Straßen fehlen in denselben; in anderen enthalten die Verzeichnisse kaum ein Drittel der Wahlberechtigten (so wurde uns aus einem der Vororte ein Fall mitgetheilt, in welchem für eine belebte Straße derselben etwa 50 Wähler in die Listen eingetragen sind, während das betreffende Wahlcomité in dieser Straße 163 Wähler, berechnete aufnahm!). Die bekanntesten Männer, Grundbesitzer, die seit Jahren in demselben Hause wohnen und bei der Steuer-erhebung noch niemals übergegangen sind, fehlen in der Wählerliste. Die zu Anfang dieses Monats vertheilten, angeblich nach drei Tagen wieder abzuholenden Fragebogen, liegen noch die Behörde die Listen selbst controliren konnte, liegen noch heute, den 16. Dezember, mancher Orten unabgefordert. Für alle diese Dinge giebt es nur eine Erklärung, daß es nämlich an dem ersten Grundbesorferdienste einer guten Statistik, an genauer Ordnung und strenger Controlle, vollständig gefehlt hat. Klagen über diese Dinge, Beschwerden in den Zeitungen u. s. w. führen aber nach früheren Erfahrungen zu nichts. Sie bringen höchstens eine Anzahl von launigen Entschuldigungen zu Tage, die kurz gefaßt darauf hinauslaufen, daß die öffentlichen Behörden mit all ihrem Apparat nicht das Vermögen, was jetzt Hals über Kopf die verschiedenen Wahlcomités, allen voran die sozialdemokratischen, fertig zu bringen unternehmen. Soll hier sozialdemokratischen, fertig zu bringen unternehmen. Soll hier anderes statistischen Dienstes erforderlich. Am Besten wäre es wohl, wenn die Bürgerchaft bei den bevorstehenden Wahlen

Bureaus geforderten Summen so lange beanstandete, bis der Budgetauschuß oder ein anderer speziell zu diesem Zwecke niederzusehender Ausschuß den Ursachen des jetzigen Zustandes auf den Grund gekommen und damit in den Stand gesetzt wäre, die Mittel zur ernstlichen Abhilfe vorzuschlagen. So wie die Sache jetzt ist, darf sie unmöglich weiter gehen. Ein ganz besonderes Lob verdient noch die geniale Festsetzung der Zeit, während welcher die Listen täglich zur Einsichtnahme ausgelegt sind. Wenn man eine Prämie darauf gesetzt hätte, die dazu unpassendste Zeit auszuwählen, so würde unzweifelhaft der Vorschlag, die Listen, wie jetzt geschieht, von 9—3 Uhr auszulegen, den ersten Preis davongetragen haben. Für unsere Verhältnisse, wo die Arbeit an den Comptoirs fast überall um 9 Uhr beginnt, um für die Mehrzahl der Commis zc. ununterbrochen bis 3 Uhr zu dauern, während auch die Börsebesucher meistens von der Börse noch wieder in's Comptoir zurückkehren müssen, heißt das den größten Theil der den Geschäftskreisen angehörenden Wähler von der Möglichkeit, an den Wochentagen Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, ausschließen. Für die Tausende von Wählern, welche, auf dem Landgebiet wohnend, in der Stadt ihr Geschäft haben, ist dies absolut der Fall, da sie Vormittags schon vor 9 Uhr aufbrechen müssen und kaum vor 4 Uhr zurückkehren können. Alle diese Wähler sind somit ausschließlich auf den Sonntag angewiesen und der geringste Zwischenfall kann sie bei dem Zustande der Listen ihres Wahlrechts berauben. Dabei ist zu bemerken, daß das Reichsgesetz die Bestimmung der Tagesstunden für die Auslegung der Wählerlisten vollständig den Lokalbehörden überläßt und die getroffene Wahl also ausschließlich auf unsere eigenen Behörden zurückfällt. Dem Erfinder des jetzt getroffenen Arrangements kommt unzweifelhaft eine besondere Belohnung. Wahl-Comité.“

Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß derartige verkehrte Maßregeln den Arbeitsmann mit doppelter Schwere treffen und das Wahlrecht auf eine unerhörte Weise verkümmern.

— Es compromittirt! Die „Magdeburger Zeitung“ will „nach dem heutigen Stand der Dinge“ annehmen, daß die dritte Lesung der Justizgesetze einen nicht unerfreulichen Ausgang nehmen wird. Von „bestunterrichteter Seite“ ist ihr versichert worden, „daß eine Verständigung erzielt wird.“ Um die Verabredungen, die bis jetzt getroffen sind, nicht aufzuhalten oder auch nur zu stören, soll der Compromiß in seinen Grundzügen erst angegeben werden, wenn er zum Abschluß gekommen ist. Also mit einem fait accompli, mit einer fertigen Thatsache will man aufwarten! Wir werden sehen, wie das Ding ansieht!

— Man bläst zum Rückzug in den nationalliberalen Blättern: der Zeugnißzwang wird mit fast nichtsjagenden Modifikationen in Deutschland von Rechts wegen fortlaufen, die Schwurgerichte für Prehangelegenheiten sind den Staaten zu belassen, die sie schon haben, und somit ist, wie ein Blatt sich neulich ausdrückte, faktisch eine Eintheilung von Deutschen erster und zweiter Klasse sanktionirt. Das die deutsche „Einheit“!

— Der Säbel haut! Vorgesestern entspann sich zwischen einem Soldaten des 107. Regiments und einigen Herren in der Cautrißcher Straße ein Streit, bei dem der Soldat, nach dem Rezept: der Säbel haut, sein Seitengewehr in Thätigkeit setzte. — Der Kaiser von China hat vor Jahr und Tag ein Gesetz gegeben, welches dem Militär das Tragen der Waffen außer Dienst verbietet!

— Entschädigung unschuldig Bestrafter. Eine Menge von Juristentagen und Juristencommissionen haben bereits zu den verschiedensten Zeiten den Satz ausgesprochen, daß, wie der Einzelne, so auch der Staat bei Schädigungen eines Staatsbürgers zur Genugthuung gezwungen ist oder doch sein sollte. Das ist eine Forderung der einfachen Billigkeit. Man betrachte die Reherseite: wie streng macht die Regierung darüber, daß sie und ihre Organe nicht geschädigt werden, und mit Recht; wie streng werden Contrabandanten gebüßt! Wenn aber ein nie ausgeschlossener juristischer Irrthum ein Lebensglück vernichtet, die äußere Lage schädigt, den guten Ruf Unverschuldeter bedrückt, ein sonst wirksamfreudiges Gemüth verbittert und innerlich vergiftet — da ist es doch eine nicht zu umgehende Nothwendigkeit, daß dem Geschädigten in volstem Maße das erlittene Unrecht in materieller und sittlicher Hinsicht vergütet wird! Unsere Gesetze sollen der Ausdruck der höchstmöglichen Gerechtigkeit gegen Alle, gegen jeden Einzelnen sein, und bei solch bellagener Unrecht, wie es der Fall Schrader gezeigt hat, muß der Staat als juristische Person haften, dies ist er sich selbst schuldig, will er auf Achtung und Gehorsam der Bürger Anspruch erheben. Die dahin zielenden Anträge unserer Abgeordneten stehen und fallen mit den Justizgesetzen; und deren Schicksal? Wer kennt es? Es heißt, daß in den letzten Tagen des Dezember nach dem feste noch einige Sitzungen des Reichstags stattfinden sollen. Erwarten wir, was sie uns bringen. Wird bei der Majorität die Furcht vor dem allmächtigen Quos ego des Reichstanzlers die Oberhand behalten? Wird die Eigenliebe und Eitelkeit, welche treibt, das Mandat für den Reichstag erneuert zu erhalten, die Majorität zur Festigkeit bestimmen? Der Appell an den Egoismus ist angeht die Reformen ein guter Sporn: wir sehen es schon in der liberalen Presse. Sie schlägt jetzt einen Ton an, der sehr an das Verhalten der Kinder kurz vor Weihnachten erinnert, welche glauben, wenn sie nur die letzten 24 Stunden „artig“ sind, sich viele und reiche Weihnachtsgeschenke zu sichern! Aber meine Herren, ein genau und gerecht eure ganze bisherige Thätigkeit abwägender Wähler weiß eure Motive zu beurtheilen: er hört das egoistische Leitmotiv heraus und läßt sich nicht täuschen.

— Aus Paris wurde dieser Tage das Eingehen der „Révolution“ gemeldet. Die Nachricht bestätigt sich glücklicherweise nicht. Bloss die tägliche Ausgabe des genannten Blattes ist vorläufig suspendirt worden. Es hat sich nämlich die Nothwendigkeit herausgestellt, die soziale Frage gründlicher zu behandeln und die sozialistische Weltanschauung entschiedener zum Ausdruck zu bringen, als dies jetzt in einem täglichen Blatt geschehen kann. In ihrer neuen Form ist die „Révolution“ von dem in Paris geradezu erdrückenden Ballast von Theater-, Börsen- und Lokalnachrichten befreit, und wird fortan noch schärfer und radikaler vorgehen können als bisher.

— Die Arbeitsverhältnisse in Nordamerika scheinen einen Schwachen Anlauf zum Besseren nehmen zu wollen, wenigstens lassen folgende Notizen des „Vorboten“ in Chicago hierauf schließen. In der Baumwollenbranche z. B. melden Berichte aus Ost und Süd eine Hebung des Geschäfts; zugleich tritt aber

auch das Bestreben hervor, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne noch mehr herabzudrücken. Auch die Eisenarbeit fängt an sich zu erholen, natürlich immer zu Gunsten der Arbeitgeber, denn die Löhne werden fort und fort zu schmälern gesucht. Die Schuhmacherarbeit geht regelmäßiger, aber eine große Menge Arbeiter können immer noch keine Arbeit finden. Die Kleider- und Cigarrenarbeit lassen vieles zu wünschen übrig, die Löhne sind theilweis miserabel. Ueber die Möbelarbeit läßt sich der Sekretär der Möbelarbeiterunion in Cincinnati also aus: Cincinnati hat verschiedene Möbelabriken, in welchen die Arbeiter für riesige Arbeitslast geringe Löhne empfangen. Dies darf uns nicht Wunder nehmen, denn von der 3—4000 Möbelarbeitern Cincinnati gehören nur 125 der trefflichen Möbelarbeiterunion an. Die Miethe ist hoch, Spezererwaren waren ebenso hoch als letztes Jahr, die Löhne sind aber um 15 Prozent niedriger, als letztes Jahr und wenigstens ein Dritte der Arbeiter außer Beschäftigung. Die Schreiner erhalten durchschnittlich 10 Doll., die Maschinenarbeiter über 9 Doll., die Vernischer 8 Doll. Wenn die Möbelarbeiter Cincinnati vernünftig wären, dann würden die Arbeitgeber sicher den achtstündigen Normalarbeitstag einführen und den gleichen Lohn für zehnstündige Arbeit bezahlen. — In Chicago ist der Lohn der Möbelarbeiter im Durchschnitt 6—8 Doll. per Woche. Das Geschäft geht etwas besser, die Lohnreduktionen sind aber trotzdem noch immer an der Tagesordnung.

— Zum Kapitel „Scheinwerthe“. Zur Beleuchtung der in dem Artikel „Scheinwerthe“ enthaltenen Wahrheiten mögliche Thatsache dienen: Der österreichische Staat emittirt jetzt 40 Millionen Goldgulden*) zum Subscriptionskurs von 56 Proz für 100 Proz. Um also 22½ Millionen geborgt zu bekommen verschreibt der Staat 40 Millionen, unbekümmert darum, ob es einer späteren Generation möglich sein wird, diese Summen leichtfertig gemachter Schulden zu tilgen. Berechnet man die für 22½ Millionen, jährlich in Gold zu zahlenden Zinsen von 1½ Millionen, sowie die circa 18 Proz. betragende Differenz zwischen den Papierwoluta-Einkünften Oesterreichs und den in Goldwoluta zu entrichtenden Zinsen, sowie die bedeutenden Emissionskosten, so ergibt sich, daß in circa 10—12 Jahren obige Zwecke soviel verausgabt ist, als man heute überhaupt erhalten hat. — Was sagt man von einem Priogmanne, der, um sich Kapital zu verschaffen, außer Zinsen 44 Proz pro damno bezahlt? einfach: er ist bankrott. — Der Staat, um zu solchen Mitteln greift, kommt bei diesem Urtheil zu mir weg, denn der Privatmann handelt nur in Consequenzen (er seine Angehörigen, Gläubiger zc., während der Staat die Unmoralität als Staatsprinzip annimmt und damit beweist, „er ist nicht werth, daß er besteht.“ — Unsere Finanzminister finden zu ihrem Glück genug kapitalistische Gimpel, sonst würden sie sicher an ihrem eigenen Prinzip zu Grunde gehen, welches lautet: après nous lo déluge.**)

— Oestreich. Das Ministerium des Innern hat unterm 8. d. M. der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Vorwärts“, Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, auf Grund des § 26 des Preßgesetzes den Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen. — So hat den „Vorwärts“ das gleiche Schicksal betroffen, welches der „Volksstaat“ Jahre lang ohne Schaden der Sache getragen hat.

Correspondenzen.

London, 13. Dezember. Wenn wir auch bis jetzt nur wenig von uns hören ließen, so sind wir deshalb nicht weniger thätig. Jeden Sonnabend circulirt die Subscriptionsliste für den Wahlfond in unseren Sitzungen, und jedes Mitglied sucht nach Kräften beizutragen. Sonntag den 5. Dezember hatte der Verein im Interesse des Wahlfonds eine Versammlung einberufen. Herr Boff referirte und legte in einem langen und gebiengen Vortrag unser Programm auseinander. Als am Schluß angefragt wurde, ob Jemand darüber zu sprechen wünschte, verlangte er Herr Buchholz das Wort, sagte aber, die Zeit sei zu kurz, in alles das zu widerlegen, was er zu widerlegen habe, er wolle das in einer nächsten Versammlung thun. Es wurde beschlossen, Sonntags darauf eine Versammlung abzuhalten, und Alles war auf Herrn Buchholz gespannt, aber statt zu erscheinen, schrieb er einen Brief, worin er Unwohlsein vorschob und einen Schwere von Unken vorbrachte, welcher von Herrn Boff, nachdem Letzter sein Bedauern über das Nichterscheinen des Herrn Buchholz ausgesprochen, Punkt für Punkt auf das treffendste zurückgewiesen wurde. — Am 12. November feierte unser Verein, wie jedes Jahr, den Todestag Robert Blum's. Unterzeichnet wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Referent verwahrte uns gegen den Vorwurf, wir trieben Personenkultus. Dem sei nicht so; der Verein wählte nur diesen Tag, weil Robert Blum sich als Proletariendunkel aus sich selbst emporarbeitete und als Volksvertreter für die Freiheit kämpfte und für sie in den Tod ging. Es geht dieser Tag zugleich der Erinnerung aller Märtyrer, die im Kampfe für das Wohl der Menschheit von der Reaktion dahingemordet wurden. In schöner Harmonie folgten die Reden in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache aneinander, denn es waren auch russische Sozialisten anwesend, und ich kann nur meine Freude aussprechen, daß das Motto, welches auf unserer Fahne steht: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ sich da, wenn auch nur in kleinen Wölben, verwirklicht hatte. Alle Redner, nachdem sie die Ergebnisse der Revolutionen geschildert, wiesen auf die Nothwendigkeit der Einigkeit und der Organisation der Arbeiter hin. Bei all diesen Versammlungen, sowie bei einer früheren Gelegenheit, wo ich bei meiner Rückkehr vom Gothaer Congreß über diesen Bericht erriattete, fehlte die Tellerfassung für den Wahlfond nicht.

Große Zufriedenheit hat das Erscheinen der Uebersetzung des kleinen Brochüre: „An das Volk der herrschenden Klasse“ v. Felix Bnat bei meinen hiesigen Freunden hervorgerufen, und es freut mich ungemein, daß auch die deutschen Arbeiter die Gesinnungen dieses edelgedenkenden Mannes kennen lernen; es wäre nur zu wünschen, daß alle seine Schriften in's Deutsche überjert wären. Nächstens wird auch seine „Geschichte der Pariser Commune“ erscheinen, die jetzt bis zum Druck fertig ist. Der Verfasser ist darin rückichtslos vorgegangen und wird alle diejenigen, die es unehrlich mit dem Volke meinen, an den Pranger stellen so wie er es immer gethan hat. Er wird deshalb — und so von einigen Communitätsmitgliedern — seiner strengen Gerechtigkeit, seiner Ehrlichkeit und Unrigemüthigkeit wegen geleudet. An der Feier des 18. März sagte ich: Wenn man den Rath und den Anträgen Felix Bnat's in der Pariser Commune Folge geleistet, die Sache wäre gewiß ganz anders gekommen, aber ohne Organisation ist nichts durchführbar. Alle

hat, wie sich die Sachen gestalteten, wollte er mit einigen Pariser Freunden nach Paris, um dortigen Republikanern mit Garibaldi an der Spitze über Lyon und mit einer Revolutionsarmee nach Paris, um dasselbe zu unterstützen; er bekam zur Antwort, er mache diesen Vorschlag, um sich zu rächen; Garibaldi sei ein Ausländer und sie brauchten keinen Ausländer zum Kämpfer.

Später hielt Herr Lehrenstein einen wissenschaftlichen Vortrag über Chemie und Schmelzung des Eisens. Herr Kaufmann unterbrach diesen Herrn, indem er sagte: Da nur wenige Fachkennner da seien, möchte er aufhören, er langweile die Versammlung. Ich erwiderte Herrn Kaufmann, daß dieses beleidigend sei für einen Mann, der sich die Mühe genommen, sich zu einem Vortrag vorzubereiten. Wer sich langweile, möge gehen, aber nicht den immerhin für Viele interessanten Vortrag fördern, wodurch dieser Zwischenfall seine Erledigung fand.

Es thut mir herzlich leid, daß ich an dem jetzigen Wahlsamstag in Deutschland nicht Theil nehmen kann, da ich wegen meiner Kränklichkeit und in meinem vorgerückten Alter die Reise jetzt nicht unternehmen kann. Ich gedachte in meiner Heimath, in Bayern, im sechsten mittelfränkischen Wahlkreis als Reichstagskandidat aufzutreten. Dieser Wahlkreis besteht größtentheils aus einer Landbevölkerung, die keine andere Zeitung liest, als den „Fränkischen Kurier“, der unter den dortigen Bauern Vermessenheiten über die Umsturzpartei Peter schreibt, daß diese glauben, die Sozialdemokraten würden, sobald sie die Macht besäßen, kommen und ihre Felder wegnehmen. Wer nur eine Glocke hört, kennt nur einen Laut; ganz anders ist es, wenn ein Mann ihnen die Verhältnisse gründlich auseinandersetzt, wie ich einige Male Gelegenheit hatte, an einigen Orten zu thun. Sie wissen recht gut zu urtheilen über den Militarismus und die dadurch entstehenden Steuerlasten. Bis jetzt haben aber diese Leute noch keinen Agitator unserer Partei gesehen noch gehört, auch noch keine Zeitungen unserer Partei gelesen, und daher haben sie nur vor Augen, was unsere Feinde und Gegner ihnen vorhalten. Anfangs November war da von der Wahlbewegung noch gar keine Rede; es drängte sich keine Candidaten, es wäre ein zu theures Vergnügen, als Abgeordneter im Reichstag zu sitzen.

Mit Gruß
A. Scherzer.

Siel, 3. Dezember. Gestern Abend wurde hier selbst eine Versammlung im Englischen Garten abgehalten, bei der 1500 Personen anwesend waren. Ueber die Tagesordnung: 1) Die bevorstehenden Reichstagswahlen, 2) Verschiedenes, erhielt nach Wahl des Bureau's (Herr Meyer als erster Vorsitzender und Herr Scherzer als Schriftführer) Herr Max Stöhr aus Berlin ein Referat das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung und hielt einen gediegene Vortrag, indem er besonders den Anwesenden klar machte, was von den Verleumdungen unserer Gegner zu halten sei. Unter Anderem verlas er noch einen Satz aus einer Broschüre von Professor Seelig, welcher in einer Versammlung in Segeberg erklärte, daß nur die Sozialdemokraten an den jetzigen miltärischen Verhältnissen schuld seien. Von Herrn Stöhr wurde dies als eine Lüge widerlegt, ebenso kam Redner auch auf die Noth und Unmiltlichkeit zu sprechen und bewies, daß diese hauptsächlich bei der Bourgeoisie zu finden seien. Nachdem nun der Redner seinen Vortrag beendet hatte, wurde eine Resolution folgenden Inhalts eingebracht: „In Bezug auf die Rede des Prof. Seelig in Segeberg spricht die heutige Versammlung ihre höchste Entrüstung über die gemeinen Verleumdungen der Anhänglichen der Sozialdemokraten aus und erklärt es für ihre Aufgabe, der Candidatur des Prof. Seelig und Dr. Hänel mit aller Kraft entgegenzutreten.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Als nun der Vorsitzende zur Interpellation aufgefordert hatte und sich kein Gegner zum Wort meldete, erhielt Herr Seelig das Wort und sprach noch einiges über seine Agitationsreise im Schleswiger Wahlkreise. Ferner wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen. Von dem Vorsitzenden wurde ein Artikel aus dem „Siel'schen Tageblatt“ vorgelesen, worin hauptsächlich die Führer der Arbeiter verleumdet werden; da aber der Redakteur, Herr Bödel, zu dieser Versammlung trotz Einladung nicht erschienen war, um sich zu vertheiligen, so wurde die Versammlung wegen vorgerückter Zeit nach den Bestimmungen der dänischen Sabbathordnung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Königsberg (Ostpreußen), 2. Dezember. Durch die gediegene Agitationsrede des Reichstagsabgeordneten Bebel aufgerregt, schraubt die hiesige fortschrittliche Hartung'sche Zeitung vor Wuth und denunziert Herrn Bebel als pflichtvergessenen Abgeordneten. Sein Platz, sagt dieselbe, sei jetzt im Reichstage und nicht im „Ferienbureau“ auf Agitationsreisen. Zuerst möchten wir der „Hartung'schen“ den Rath geben, sie möchte sich um die Thätigkeiten der Abgeordneten ihrer Partei bekümmern, die sich, wie dieselbe in derselben Nr. 280 vom 29. November sich von Berlin herrichten läßt, im Reichstage so langweilen, daß die wenigen Rednerbühnen sich des Schlags nicht erwehren können, während sich die andern im Hoyer rauchend und plaudernd amüsiren. Wir Sozialisten wollen die Herren Fortschrittler im Reichstage ruhig schlafen lassen und während der Zeit recht thätig im Volke wirken, damit es nicht wieder solche Reichstagschlafers wählt.

Königsberg i. Pr., den 1. Dezember 1876. Am 27. und 28. v. Mts. sprach hier Bebel in zwei öffentlichen Versammlungen über die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie. Die Nachricht, daß Bebel hier als Redner auftreten würde, hatte bereits Wochen vorher das Publikum unserer Stadt in nicht geringe, erwartungsvolle Aufregung versetzt und der Erfolg von Bebel's Vorträgen entsprach vollständig dem Ruf, der ihm vorangegangen. Die erwähnten zwei Versammlungen waren überfüllt und obgleich Bebel in der zweiten derselben ohne Unterbrechung 2 1/2 Stunden sprach, so lieferte die ruhige Haltung der aufmerksam Zuhörer einen Beweis dafür, in wie hohem Grade es der Redner verstand, durch seine glänzende Beredsamkeit zu fesseln. Einen heiteren Schluss verhafteten der zweiten Versammlung die Interpellationen eines Hrn. Dr. v. Kalkstein, des Don Curjote der hiesigen Nationalliberalen, und eines Herrn Klein, eines hoffnungsvollen Jüngers Merkurs. Der erstere in irr nativ genug, Herrn Bebel u. A. zu sagen, „ob er nicht wisse“, daß „liberale“ Nationalökonomien der Gegenwart in wissenschaftlichen Werken eine Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit befürworteten, während der letztere Herrn Bebel fragte: „wie“ er seine sozialdemokratischen Ideen verwirklichen wolle? — Herr von K. mußte gegen Allem die Bemerkung hinnehmen, daß das von ihm Erprobte bekannt genug sei, wobei Herr Bebel ihm die Namen der hiesigen nationalliberalen Schriftsteller nannte, daß Interpellant jedoch wissen müsse, daß seine nationalliberalen Parteiwähler jene Nationalökonomien für ihr anerkanntes Verbrechen mit dem Spinnnamen „Katheter-sozialisten“ bedacht hätten. — Herr K. wurde von Herrn Bebel mit einer längeren Auseinandersetzung über die Organisation eines sozialdemokratischen Staates beehrt, die — wie uns scheint — seine ebenso unberechtigte, wie zugleich thörichte Frage allerdings nicht verdiente. Denn die Organisation eines Staates bis in die Details hinein

— sei es nun ein sozialdemokratischer oder ein anderer Staat — hängt von zahllosen Umständen und Verhältnissen ab, die sich nicht voraussehen lassen. Man kann daher jene Organisation nur in großen, allgemeinen Umrissen angeben, wie es Bebel in seinem Vortrage bereits gethan. — Hatten denn die Independenten Englands, als sie in die „große Revolution“ eintraten, ihren Staat, dem Britannien noch jetzt seine Größe und Macht verdankt, systematisch organisiert? Und hatten die Nordamerikaner, als sie das Joch Englands abschüttelten und an die Begründung der „Freistaaten“ herangingen, ihre Republik konstruirt? — Die Frage des Herrn K. beweist nur, daß auch heute noch in den Köpfen unerfahrener Politiker jener französische Schematismus spukt, der etwas erreicht zu haben glaubt, wenn er ein detaillirtes Programm, womöglich eine theoretische Staatsverfassung fertig hat. — Was sich in dieser Beziehung die Sozialdemokratie die praktischen Engländer und Amerikaner zum Vorbild nehmen.

Die hiesige liberale Presse, durch die fortschrittliche „Hartung'sche Zeitung“ und das nationalliberale „Communalblatt“ vertreten, läßt es in Bezug auf Bebel's Vorträge an Unwahrheiten, Verdrehungen und Verächtigungen nicht fehlen. — Während die erstere in ihrem Berichte über die zweite Versammlung so weit geht, zu behaupten, daß Bebel auf die erwähnte Frage des Hrn. Klein „die Antwort schuldig geblieben“ (eine Unwahrheit, welche die „Berliner Volkszeitung“ nachdruckt), producirt das „Communalblatt“ unter dem Titel „Herr Bebel und seine Gegner“ in einer Reihe von Artikeln — von allem Uebrigen abgesehen — ein Conglomerat von historischer, politischer und nationalökonomischer Unkenntniß, die hier selbst bei Liberalen Bewunderung erregt. — Bebel's Hiebe haben zu tief geschmerzt und in ohnmächtiger Wuth ergoß sich das „Communalblatt“ bereits in gemeinen Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. — So will der Spitz aus unserm Stall uns immerfort begleiten, Und seines Bellens lauter Schall beweist und, — daß wir reiten.“

Müssen St. Niklas, am 15. Dezbr. 1876. Bei der heute stattgehabten Gemeindevorstandswahl hat die sozialistische Partei einen schönen Sieg erkämpft. Von 4 zu wählenden Anhängigen sind drei unserer Candidaten gewählt, der Vierte ist Stellvertreter und der Unanfähige ist mit Allen gegen 7 Stimmen engagirt.

Leipzig, 16. Dezember. Wie besorgt unsere Herren Seelenhirten sind, auf daß kein Schäfflein verloren gehe, mag folgendes beweisen. Am gestrigen Nachmittag kam ein geistlicher Herr in die Wohnung des Unterzeichneten und fragte dabelst an, ob denn unter im März d. J. gebornes Töchterchen nicht getauft werden solle. Meine Frau äußerte etwas verwundert, wie der Herr dazu käme, eine derartige Anfrage zu stellen, da nicht blos das Jüngste, sondern auch die übrigen drei älteren Kinder in das Dissidentenregister eingetragen seien, also von Tausen nicht die Rede sein könne. Der Herr entschuldigte sich etwas verduzt und meinte, er sei dazu beauftragt. Es scheint also, daß die Beschlüsse der sächsischen Synode über Kirchenzucht in Leipzig in Brazi geübt werden. Diesmal hat man sich an die unredliche Adresse gewandt.

Reusa bei Plauen. (Versammlungsbericht.) Am Sonnabend den 16. Dezember war von den Plauenschen Genossen eine Versammlung einberufen, wozu mir das Referat über die Reichstagswahl und ihre Bedeutung für das Volk übertragen wurde. Als ich in meiner schönsten Entfaltung war, wurde von einigen gebildeten Mitgliedern des Militärvereins ein Ständal provoziert; trotz meines Antrags bei dem Gemeindevorstand und Gensdarmen hielten sie es nicht für gerueigt, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Worte, welche gegen mich geschleudert wurden, spotteten jeder Beschreibung. — Wir empfehlen Freunden und Feinden die Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage“, ferner die Broschüre: „Nieder mit den Sozialdemokraten“. — Freunde von Reusa, auf zur Wahl, gebt eure Stimme Max Reiser aus Bremen.

Reusstadt (Pommern), 30. Nov. Abrechnung der Centralwahlkasse für den 9. sächsisch-holsteinischen Wahlkreis zu Reusstadt vom 1. bis 30. Novbr. d. J. Bestand am 1. Nov. M. 41,15; freies. Samml. in Reusstadt 1,45; für „Nieder mit den Sozialdemokraten“; aus Reusstadt 1,45; durch Selmann Sipsdo. 1,80; durch Bräuh Jahnshof 1,00; durch Höpfl Oldenburg 4,10; Zellerjamm. in Oldenburg 2,92; Zellerjamm. in Burg a. S. 5,16; freies. Samml. auf Behmaru 1,70; Zellerjamm. in Neu-Bathgensdorf 5,22. Sa. 67,85. — Ausgabe pro November in Summa 34,72; bleibt Bestand 33,63.

Für das Comité: Joh. Heinz. Doh.

An alle Schneider Deutschlands!

Collegen! Der Allgemeine deutsche Schneiderverein hat zwar in den letzten paar Jahren in vielen Städten Eingang gefunden, ist aber noch lange nicht so ausgebreitet, wie er es sein sollte. Es giebt noch viele Städte, wo das Bemühen, die Collegen zum Anschluß zu bringen, bis jetzt fruchtlos war.

Von der Ansicht ausgehend, daß die Erkenntniß der Zusammengehörigkeit, der Gleichheit der Interessen nur auf der Grundlage geistiger Bildung zu erwarten ist, hat die Gewerkschaft der Schneider auch diesem Rechnung zu tragen gesucht. Seit dem 1. November dieses Jahres hat dieselbe zu dem Zwecke ein Fachorgan erscheinen lassen unter dem Titel: „Der Fortschritt, Organ des Allgemeinen deutschen Schneidervereins“. Dieses soll uns ein Bahnbrecher dort werden, wo sich uns bis jetzt Hindernisse in den Weg stellten, ein Mittel, unsere Ideen weiter zu tragen.

Da überall Collegen sind, welche die Nothwendigkeit unserer Vereinigung einsehen, so dürfen wir uns wohl der Ueberzeugung hingeben, daß unser Unternehmen von denselben mit Freuden begrüßt wird und geneigte Unterstützung findet, sowohl durch abseitiges Abonnement, als auch durch geeignete Correspondenzen über die Lage unseres Geschäftes. Bei dem geringen Preise wird es bei einigem Bemühen gelingen, überall einige Abonnenten zu gewinnen, wodurch die Aussicht auf baldigen Anschluß an unsere Gewerkschaft gegeben wäre. Wir richten diese Worte an Euch mit dem bringenden Gesuch, ihnen Folge zu geben.

Vom 1. Januar 1877 an nehmen alle Postanstalten Abonnements auf den „Fortschritt“ zu dem Preise von 50 Pfg. pro Quartal zzgl. Bestellgeld entgegen. Die Möglichkeit zu abonniren ist daher Jedem gegeben, wir fordern Alle in ihrem eigenen Interesse dazu auf.

Siehe, im Dezember 1876.
Mit brüderlichem Gruß
Der Ausschuh des Allg. deutschen Schneidervereins:
J. A. B. Klerx.

P. S. Alle Arbeiterblätter werden dringend um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

An die Parteigenossen des 9. hannoverscher Wahlkreises. (Hameln.)

Zum ersten Male haben die Parteigenossen dieses Wahlkreises selbstständig einen Candidaten aufgestellt. Es liegt nun an Euch, Arbeiter dieses Wahlkreises, thut am 10. Januar eure Pflicht, gebt die Stimme dem Arbeitercandidaten Heinrich Reiser aus Hannover.

Das Wahlcomité:
H. Reichendach, H. Reineke, F. Sievers, C. Börtius, H. Lohmann.
Briefe und Gelder sind zu senden an Heinrich Reichendach, Zimmer bei Hannover.

An die Partei- und Genüßgenossen im Kreise Bochum.

Vor einiger Zeit haben die Parteigenossen resp. der Arbeiterwahlverein im hiesigen Kreise den Parteigenossen Kuhl aus Duisburg als Arbeitercandidaten aufgestellt und ist derselbe fast in allen nach der Zeit stattgefundenen Volksversammlungen als solcher fast einstimmig anerkannt worden. Wir haben nun deshalb, um auf denselben eine große Stimmenzahl zu vereinigen und unsere großen Mühen und Opfer, die wir gebracht haben, belohnt zu sehen, Alles gethan, was unsere Kraft und Wissen eben vermochte. Der Arbeiter-Wahlverein, welcher erst in seinem Entstehen begriffen, vermag es Folge seiner finanziellen Lage nicht, die Kosten, welche bei einem solchen Wahlsamstag aufgebracht werden müssen, herbeizuschaffen. Wir treten daher vor Euch hin, Freunde und Parteigenossen, mit der bringenden Mahnung, eure volle Pflicht und Schuldigkeit zu thun, vergeßt nicht, daß Euer aller Wille war, dem heimtücklichen Feinde entgegenzutreten. Ultramontane Denker und liberale Feiglinge wettern in Verächtigungen und Beschimpfungen unserer Partei. Der Wahlverein hat nun, um eine feste Organisation mit allen Kräften herzustellen auf den ersten Weihnachtstagsfeierabend, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Hrn. Florian am Volkstheater in Bochum eine außerordentliche Generalversammlung anberaumt für Vorbereitung zum Wahlsamstag und andere wichtigen Angelegenheiten, wozu sämtliche Sozialisten im hiesigen Kreise eingeladen werden, hoffentlich wird keiner fehlen.
Niedersdorf, den 19. Dezember.
Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A. des Arbeiterwahlvereins: H. W.

Briefkasten

der Redaktion. H. B. in Wiesbaden: Wir warnen Sie ausdrücklich vor einer Benützung des betreffenden Instituts. — G. H. in Köln: Die Sache ist erledigt.

Alle Briefe in Parteianglegenheiten sind von jetzt ab zu richten an Herrn J. Fock jun., Maurer, Kellinghufen, Sande.
Mit Gruß
J. H. Ströben.

Herrn Drossi, Hamburg: Warum erhalte ich die Wähler Nr. 9 nicht, da doch Nr. 8 am 3. d. Mts. abgerechnet ist? — Hrn. W. Fried, Bremen: Warum keine Antwort auf meinem Brief?
Ernst Strecker, Göttingen, Jüdenstr. 13.

Duisburg. Egl. Berlin Nr. 150. Egl. Hannover Nr. 520. Schlg. Dresden Nr. 240. Ebling hier Nr. 180. Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer Braunschweig Nr. 225. Stranz Sondershausen Schr. 300. Ebbert Hünfeld Schr. 650. Egt. Mercant. Schr. 555. Wühr. Kina Nr. 1121. Brant Plauen Schr. 600. Ehrst. Reih Nr. 450. Gebst. Lindenau Schr. 200. Alsch hier Nr. 4230. Grö. Hamburg Schr. 950. Böhm hier Nr. 200. Schläger. Chrono Nr. 750. B. Hng. Reutischheim Schr. 480. Kral. Elmäh Schr. 1009.

Sonnabend, den 23. December, Abends 8 1/2 Uhr
in Koppelmann's Salon:
Altona. Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. D. Reimer. [50]

Cöln. Montag, den 25. December, Abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal zum „Verlorenen Sohn“, Buttermarkt 32: [2,10]

Abendunterhaltung
mit theatralischen Aufführungen.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Hannover. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Hrn. Bogt, Mittelstr. 11:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. T. S. [90]

Leipzig. Sonnabend, den 23. December, Abends 7 1/2 Uhr, bei Wisack, Windmühlenstraße Nr. 7: Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag. Der Vorstand. [40]

Leipzig. Sonnabend, den 23. December: Vortrag von Hrn. Wittig.
Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 23. December, Abends 8 Uhr
in der Restauration von Jul. Krenz, Landchenweg: Versammlung.
Tagesordnung: Gewerkschaftliches. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand. [50]

Am 1. Januar 1877 wird der
Leipzig. Centralverkehr und Herberge
für die Gewerkschaften der Böttcher, Buchbinder, Cigarrenarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Lackierer und Bergarbeiter, Maurer und Zimmerer, Metallarbeiter, Sattler, Schneider, Schuhmacher und Tapeziere im Thüringer Hof in der Burgstraße eröffnet.
Alle Zureisenden eruchen wir zur hier einzulehren.
(2a) Die Commission. [100]

Achtung!

Sieben erschien:
Die Jackel.

Sozialdemokratisches Wahlungsblatt Nr. 20 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.
Inhalt: Tingeltangel und „Tageblatt“. — Krieg oder Frieden? Correspondenz. — Jackelstücken.
Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Jackel“.
Nr. 21 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Weihnachts-Mährchen.

Wir haben noch einen kleinen Rest von
Der große Krach.
Ein Mährchen für große und kleine Kinder.
Mit 2 lithograph. Bildern.
Preis (für Parteigenossen): gebunden 50 Pf.

Zu beziehen auch durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, Färberstr. 12 II.
Desgleichen die in unserem Verlage erschienenen

Sozialistischen Theaterstücke.

Nr. 1. Ein Schlingel. — Nr. 2. Brechprozesse oder: Die Tochter des Staatsanwalts. — Nr. 3. Ein Opfer oder: Die Jesuiterei als Geschäft.
Preise (ohne Porto):
Nr. 1: einzeln M. 0,35. 5 Exempl. M. 1,50
" 2: " 0,25. " 1,40
" 3: " 0,40. " 2,00

Die mit * bezeichneten Partie-Exemplar-Zahlen entsprechen der Anzahl von Exemplaren, welche zur Aufführung erforderlich sind, wenn man dieselben zugleich an Stelle von ausgedruckten Rollen gebrauchen will, was sich als vorzüglich praktisch erwiesen hat. Ebenfalls auch durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig zu beziehen.
Preis. Verlagsbuchhandlung (J. Franz).